

Presseartikel

Rheinische Post

Dienstag, 29.09.2015

NRW braucht 48.000 neue Pflegeplätze

Die Zahl der Pflegebedürftigen wird bundesweit bis 2030 deutlich um fast 830.000 steigen, doch Plätze in Pflegeheimen sind knapp. Laut einer Studie müssen insgesamt bis zu 220.000 Plätze in Pflegeeinrichtungen neu geschaffen werden.

VON B. MARSCHALL UND E. QUADBECK

BERLIN Viele Bundesländer sind auf den Anstieg der Zahl pflegebedürftiger Menschen in den kommenden Jahrzehnten schlecht vorbereitet. In Nordrhein-Westfalen etwa werden nach einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) bis 2030 rund 48.000 Plätze in Pflegeheimen fehlen, wenn die Landesregierung nicht gegensteuert. Die Politik setze derzeit zu stark auf mehr ambulante Pflege zuhause, insbesondere durch Angehörige und Ehrenamtliche, so die Studie. „Realistisch ist das nicht“, warnte Autor Jochen Pimpertz. „Bisher fehlen empirische Beweise dafür, dass die familiäre oder nachbarschaftliche Pflege steigt.“

Bundesweit hat das IW einen zusätzlichen Bedarf an Pflegeheimplätzen von bis zu 220.000 errechnet. Waren im Jahr 2013 noch 2,6 Millionen Menschen pflegebedürftig, so werde diese Zahl bis 2030 um weitere 828.000 auf über 3,4 Millionen deutlich zunehmen.

Allein in NRW seien heute 604.000 Menschen oder 3,4 Prozent der Bevölkerung pflegebedürftig. Bis 2030 rechnet das Kölner Institut mit bis zu 158.000 zusätzlichen Pflegebedürftigen in NRW. Bis 2050 kämen noch einmal bis zu 200.000 hinzu. „Für NRW heißt das, dass die Pflegeinfrastruktur ausgebaut werden muss“, stellen die Forscher fest. Schon 2013 sei die Hälfte aller Pflegebedürftigen in NRW durch professionelle Anbieter versorgt worden – entweder durch ambulante Pflegedienste oder im Rahmen der stationären Pflege. Blicke dieser Anteil konstant, kämen in NRW bis 2030 noch einmal bis zu 215.000 Pflegefälle in der vollstationären Dauerpflege hinzu. Die ambulanten Pflegedienste „brauchen Personal für insgesamt bis zu 56.000 Vollzeitstellen – also bis zu 13.000 neue Vollzeitstellen im Vergleich zu 2013“.

Das Land hatte bisher vor allem darauf gesetzt, die häusliche Pflege aufzuwerten und auszubauen. Doch die Forscher sind skeptisch, dass so künftige Probleme bei der Versorgung der Pflegebedürftigen gelöst werden können. Denn die Anzahl derjenigen, die potenziell die Pflege übernehmen könnten, gehe deutlich zurück. Zudem steige in Zukunft der Anteil derer, die im Pflegefall weder auf Kinder noch Enkel oder Partner vor Ort zählen könnten. Knapp 18 Prozent der Frauen der Geburtsjahrgänge 1948 bis 1957 seien in NRW kinderlos. Zudem lebten heute in NRW ein Fünftel aller 50- bis 64-Jährigen allein. „Dass Nachbarn oder ehrenamtliche Helfer familiäre Pflege in vollem Umfang ersetzen, zeigt sich bisher nicht“, so IW-Forscher Pimpertz.



Die Politik müsse der Realität ins Auge schauen und schnell reagieren. „Dabei sollten die Länder keine Versorgungsart bevorzugen, sondern Investitionen in alle Bereiche attraktiv machen“, so der Forscher. Bundesweit werden heute 71 Prozent der Pflegebedürftigen zu Hause betreut. Ziel der Politik war es bislang immer, die Pflege zu Hause durch Angehörige oder durch ambulante Pflegedienste zu stärken. Dies belastet die Pflegekassen weniger und entspricht zugleich den Be-

„Dass Nachbarn familiäre Pflege in vollem Umfang ersetzen, zeigt sich nicht“

Jochen Pimpertz

dürfnissen der großen Mehrheit der Betroffenen. In Pflegeheimen fehlen zudem schon heute 50.000 Fachkräfte. Nach Voraussagen der Bundesregierung wird der Fachkräftebedarf jährlich um zwei bis drei Prozent steigen.

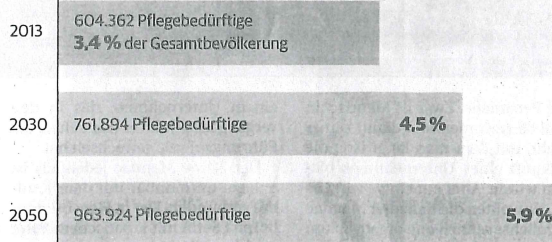
Die Regierung plant für 2017 eine umfassende Pflegereform. Die Zahl der Pflegestufen soll von heute drei auf dann fünf steigen. Ausschlaggebend für die Einteilung sollen nicht mehr allein körperliche Gebrechen sein, sondern auch das Maß an Selbstständigkeit. Insbesondere psychische und geistige Einschränkungen sollen bei der Bemessung der Pflege besser berücksichtigt werden. Die pflegenden Angehörigen, die einen großen Teil ihrer Arbeit unentgeltlich leisten, sollen in der Arbeitslosen- und Rentenversicherung besser gestellt werden.

PFLEGEKASSE

Der Beitragssatz wird weiter steigen

Pflegeversicherung Der Anstieg der Pflegebedürftigen bleibt nicht ohne Folgen für die Beitragssatzzähler. Bereits zu Beginn dieses Jahres stieg der Beitragssatz zur gesetzlichen Pflegeversicherung um 0,3 Prozentpunkte. 2017 folgt eine weitere Erhöhung um 0,2 Prozentpunkte auf dann 2,55 Prozent. Kinderlose ab 23 Jahren zahlen weiterhin 0,25 Prozentpunkte mehr.

Pflegebedürftige in NRW



QUELLE: INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT | GRAFIK: V. WEBER